



Die Stadtverordnetenversammlung

## Tagesordnung II Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 30. März 2017

Antrags-Nr. 17-F-21-0014

### **Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom 15.03.2017 -**

Die Vorteile und positiven Wirkungen von Internationaler Jugendarbeit sind wissenschaftlich belegt. Besonders nachhaltig und positiv sind die Wirkungen auf persönliche und berufliche Entwicklungen von jungen Menschen mit herkunftsbedingter und struktureller Bildungsbenachteiligung. Aktuell leben in Wiesbaden über 3.000 Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, die herkunftsbenachteiligt sind. Aufgrund der relativ hohen Kosten bleibt aber gerade dieser Gruppe die Möglichkeit einer Teilnahme an einem internationalen Jugendaustausch häufig verwehrt.

Mit dem beantragten Zuschuss kann die Hälfte der Kosten für 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Jahr gedeckt werden. Der Rest wird durch Drittmittel, wie beispielsweise Erasmus+, Kinder- und Jugendplan des Bundes, Jugendwerke und Stiftungen gedeckt.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

---

### **Beschluss Nr. 0092**

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 15.03.2017 betr.

Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte

wird wie folgt angenommen:

Für das laufende Jahr 2017 werden außerplanmäßig Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenechtigte bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

(antragsgemäß Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie 15.03.2017 BP 0035)

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2017  
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .03.2017  
im Auftrag

1. Dezernat II i. V. m. Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock